

Haushaltsrede 20.12.2017

- Familienpartei/DIE LINKE. - Fraktion im Kreistag Coesfeld Fraktionssprecherin Sonja Crämer-Gembalczyk

Guten Abend, sehr geehrte Gäste, Herr Dr. Schulze Pellengahr,
liebe Kolleginnen und Kollegen und alle Anwesende.

Zum zweiten mal obliegt es mir, im Namen meiner Fraktion, heute Abend den Schlussakkord im Haushaltsredenmedley anzuschlagen. Da so ein Akkord sowohl lang als auch nur kurz nachschwingen kann und das in der Hand der Musikerin liegt, werde ich versuchen mich mit Blick auf die Uhr und die Aufnahmefähigkeit kurz zu fassen. Doch ist so ein Haushalts-Potpourri für das kleinste Chormitglied eine wunderbare Gelegenheit einmal im Jahr, laut und klar die Stimme erklingen zu lassen. Deshalb möchte ich Sie durchaus um Geduld bitten.

Im Bild der Musik sind wir, der Kreistag das Orchester, das durch eine Intendanz besetzt wurde. Hier neben mir sitzt der Dirigent. Er hat vermutlich nicht immer einen stressfreien Job, bei all seinen vielfältigen Aufgaben. Jedes Orchestermitglied gibt das Beste, mit individueller Interpretation der gleichen Partitur. Das dem zum Trotz nicht immer ein Ohrenschmaus erklingt, liegt wohl in der Natur der Sache. So ertönen bei uns auch die dissonanten-kakofonischen Tonleitern, denen ich mich jetzt mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit widme.

Um einen rechnerischen Haushaltsausgleich zu erzielen, greifen Sie auf die Ausgleichsrücklage zurück. Eine schwarze Null allein bringt den Kreis nicht nur NICHT voran,

sondern hemmt im Gegenteil seine positiven Entwicklungen. Wir stehen vor großen Veränderungen für die Zukunft, in die wir investieren müssen. Daher wünschen wir uns mehr Mut von Ihnen, in die Ausgleichsrücklage zu greifen. Wie der Landrat und auch Herr Gilbeau feststellten sprudelten die Steuereinnahmen gut. Ihre jeweiligen Bewertungen aber verwirren. Spricht doch der Herr Kreisdirektor vom drohenden Damoklesschwert der Haushaltssicherung, wohingegen der Herr Landrat die Finanzentwicklung als „ausgesprochen positiv“ bewertet. Das widerspricht sich und ist Jammern auf hohem Niveau.

Kommunalpolitik ist konkret und vielfältig; direkte Politik! Hier wird die Realität gelebt, jedoch fehlt die gebotene Transparenz!

Sie ist untrennbar mit einem Mehr an Öffentlichkeit verbunden, und Grundvoraussetzung sowie Indikator für Demokratie und größtmögliche Partizipation.

Sie Herr Landrat sind weit davon entfernt; es besteht Nachholbedarf.

Das ist auch ein Grund für uns erneut auf einen sogenannten Bürger_innenhaushalt zu pochen. Nur so kann der Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik, 7-9 % des Haushaltsetats sind frei verhandelbar – für die zivilgesellschaftliche Teilhabe erschlossen, unterstützt und unterfüttert werden. Ein goldener Weg zum viel gepriesenen `mündigen Bürger`.

Die kommunalpolitisch Verantwortlichen, also wir alle, sollten für möglichst viele Haushaltstitel eine öffentliche Debatte anstoßen und ermöglichen. Wir wünschen uns mehr Engagement in Hinblick auf die Verständlichkeit aller Dokumente um gesellschaftliche und politische Teilhabe zu gewährleisten.

Allein in der Schaffung von Transparenz zeigt sich, ob Bürgerinnen und Bürger in ihren Anliegen ernst genommen werden, oder ob es sich um Pseudopartizipation handelt. Zur Prävention gegen antidemokratische Strömungen gehört zwingend eine Transparenz, die Demokratiekompetenzen fördert und die zwingend offen mit allen nicht extra geschützten Daten umgeht.

Wenn aber Antworten auf Anfragen acht Monate benötigen - wobei die Geschäftsordnung von einer im Regelfall maximal sechsmonatigen Frist spricht - oder Anträge mit dem Vermerk 'unverzüglich' seit Anfang September darauf warten endlich im Kreistag gelesen zu werden, ist das kein Zeichen für Offenheit oder gar für Transparenz. Eine solche Verfahrensweise hemmt und schränkt die Ausübung unseres Mandates ein.

Die notwendige Transparenz für alle arbeitsmarktrelevanten Daten, um den realen existierenden Ist-Zustand einschätzen zu können, fehlt gänzlich. Natürlich wird sich mit den Arbeitslosenquoten an leicht einsehbarer Stelle gebrüstet, liegt sie doch momentan bei 2,8 % und somit wieder auf der `Hot-List` NRWs. Aber werden sie in Relation gesetzt?

Erlauben Sie das ich Ihnen etwas zeige:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201711\ama\amr-amr\327-0-01710-xlsx.xlsx>

Das ist der URL, den Sie eingeben müssen, um die arbeitsmarktrelevanten Statistiken des Job-Centers, Kreis Coesfeld zu erhalten. Sieben Ebenen, die Interessierte durchforsten müssen, bevor sie die relevanten Daten finden. Niederschwelligkeit und Transparenz sehen anders aus. Warum sind diese Statistiken nicht ebenso wie die Arbeitslosenquote gemeinsam an prominenter Stelle einzusehen? Schauen wir genauer hin fällt sofort die Unterbeschäftigungsquote ins Auge.

Diese Unterschäftigungsquote liegt im Kreis Coesfeld bei 4,4 % und ist zum Vorjahr um 0,2 % gestiegen. Das entspricht nicht ganz dem Doppelten der Arbeitslosenquote, ist ebenso konstant, und zeichnet somit ein anders Bild.

Durch mangelhafte Transparenz ist weitgehend unbekannt, dass der Kreis Coesfeld ein Hot-Spot im Minijob Sektor ist. Traurig zu erwähnen, dass viele Menschen in unserem Kreis zwei und drei Minijobs nachgehen müssen um ihr Leben zu finanzieren. Denn bei den Jobs auf 100 bis 200 € Basis ist der Kreis überdurchschnittlich `gut`. Das sind fast ein Viertel aller Erwerbstätigen in unserem Kreis,

23,8 %, haben einen betristeten Vollzeitjob. Unsere diesbezügliche Anfrage ergab, dass der Kreis 5,56 % oder absolut 47 befristete Mitarbeiter_innen beschäftigt. 31,91 % oder 15 mal sogar Sachgrundlos. Hier muss der Kreis Abhilfe schaffen und diese Stellen in unbefristete umwandeln. Vor dem Hintergrund das sieben befristete Arbeitsverhältnisse länger als 3 Jahre und zwei sogar länger als fünf Jahre bestehen, sind wir schlicht empört!

Da ist der Mensch nur noch Arbeitskapital!

Laut statistischem Landesamt liegt der Kreis auch bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen weit vorne. Das sind Personengruppen die Minijobs, die Teilzeitstellen, Leiharbeit u.s.w. bekleiden.

Die Frauenquote liegt bei 38,7 %. Wir fragen, was unternimmt der Kreis Coesfeld, um seiner Verpflichtung nachzukommen, die sich aus Art. 3 des GG ergibt, wonach der Staat alles tun muss, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen? Die Erhebungen des Mikrozensus sagt aus, dass das 19 000 Frauen und 4 000 Männer im Kreis betrifft. Auch hier sind wir ganz vorne. Natürlich produziert so ein Markt ganz hervorragende Arbeitslosenquoten. Ich nenne das Zynisch. Dem kleinen

Tiger sind die Streifen verrutscht! Altersarmut ist vorprogrammiert!

80 % aller Arbeitgeber_innen im Kreis Coesfeld wollen die prekären Arbeitsverhältnisse nicht in bekömmliche umwandeln.

Unnötig zu erwähnen, dass auch bei uns der Minijob überwiegend weiblich ist. Trotz intensivem Studiums des Haushaltsentwurfs finden wir keine sichtbaren Steuerungselemente die auf diesen desolaten Zustand einwirken. Es werden ganze Bevölkerungsgruppen und deren Angehörige abgehängt und ausgegrenzt.

Ja, es lebt sich gut in unserem Kreis! Aber nur wenn man nicht prekär, in den unteren Gehaltsgruppen oder gar nicht beschäftigt ist! Denn dann sind nicht nur fehlende monetäre Mittel das Problem. Faktisch ist bezahlbarer Wohnraum nicht vorhanden. Wohnraum wird zur Existenzfrage.

Die letzte Studie des Hannoveraner Pestel Institut für Systemforschung e.V. vom Oktober diesen Jahres, zeichnet für den Kreis Coesfeld ein erschreckendes Bild.

Nur durch die Zuwanderung der Geflüchteten benötigt der Kreis zusätzliche 1040 bezahlbare Wohnungen. 2015 fehlten bereits 1480 Wohnungen, denen nur 750 fertiggestellte gegenüber standen.

Der Institutsleiter des Pestel-Institus Matthias Günther formuliert es so: „Immerhin braucht der Kreis Coesfeld in diesem Jahr zweimal so viel Wohnungen wie bislang jährlich überhaupt gebaut werden.“

Je mehr Menschen um Wohnraum konkurrieren, so die Gesetze des Marktes, um so höher die Mieten.

Der fehlende soziale Wohnungsbau durch Rückzug der öffentlichen Hand, die Freigabe auf den Markt verbunden mit der Umstrukturierung der Förderung ist gescheitert und die Folgen müssen wir nun beheben.

„Die Privatisierung von Wohnbeständen hat die wohnungspolitischen Handlungsmöglichkeiten massiv reduziert“, erläutert Sozialökonom Günther weiter - und das auch bei uns. Wir fordern einen Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau nach alt bekanntem, nicht neoliberalem Modell. Wohngemeinnützigkeit und Wohnraum für Alle und nicht Abschreibungsobjekte für Wenige. Auch das gibt der vorliegende Haushalt nicht her. Es droht eine Wohnungskrise mit erheblichem Potential zu sozialen Spannungen. Eine massive Umverteilung von oben nach unten tut Not.

Eine eherne Leitlinie im kommunalen Handeln setzt die Kinder und Jugendfreundlichkeit. Die Verwirklichung des Rechtes jedes Kindes und jeder/s Jugendlichen „auf Förderung seiner Erziehung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ gemäß § 1 SGB VIII. Um zu bewerten, wie dieser Anspruch im Kreis umgesetzt wird sollten wir uns einiges bewusst machen.

Voraus schicken möchte ich, dass wir grundsätzlich eine andere Vorstellung von Inklusion und umgekehrter Inklusion haben. Doch gemessen an der Realität im Land, fördern und unterstützen wir bestehende, erfolgreiche Projekte zu Gunsten der Kinder gerne.

Dem Budget 2 / Produktgruppe 40.01.02 Beschulung von Schüler_innen an Förderschulen ist zu entnehmen, dass an der Pestalozzischule Schwerpunkt Lernen (Verbund COE/Dülmen) für das kommende Jahr eine Zunahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler von 237 auf 248 erwartet wird. Das ist der hervorragenden pädagogischen Arbeit der Fachkräfte und der Schulleitung zu verdanken.

In seinen Prognosen geht der Kreis stabil von 230 Schüler_innen aus. Doch bereits heute ist Hilfe dringend nötig. Vor drei Jahren wurde zwischen dem Kreis Coesfeld

und der Pestalozzischule ein Überlassungsvertrag geschlossen. Er wurde mit Blick auf die unsichere Ausgangslage der Förderschulen vereinbart. Es handelt sich um die Überlassung einiger Klassenräume an den benachbarten Kindergarten, während der dortigen Baumaßnahmen.

Wir fordern den Kreis auf spätestens zum nächsten Schuljahr in eine Containerlösung zu investieren. Seit zwei Jahren widmet sich der Kreis diesem Problem nicht ernsthaft.

Bei Nutzung der benachbarten Realschule durch die Schülerinnen und Schüler der Pestalozzischule kommt es immer wieder zu groben Hänseleien, die die Schwächsten, also die Kinder mit Handicap besonders treffen. Ein Beispiel nicht praktizierte Inklusion. Nur behutsames, wohl überlegtes und sensibles Handeln kann helfen.

Geld darf keine Rolle spielen, Kinder sind Zukunft!

Wir DIE LINKE. sind der Auffassung, dass der Kreis seine Schwächen in der Kinder- und Jugendpolitik untermauert, in dem er es der Bundeswehr erlaubt, über die „zuständigen“ Organe des Kreises, an junge, minderjährige Jugendliche heranzutreten um sie entgegen der UN-Kinderrechtskonventionen und internationalen Standards als Soldaten zu rekrutieren.

Einigkeit besteht in unserer Fraktion bei der Beurteilung der beantragten Zuwendungen zur Umsetzung der inklusionsfördernden und psychosozial unverzichtbaren Arbeit des bunten Kreises mit dem bewährten Projekt „Kompass“ und des Kinderschutzbundes mit dem Aufbau einer Fachstelle zur Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen.

(Politisch unterstützt durch den Stadtrat Dülmen und den Kreistag, entgegen der ausdrücklichen Empfehlung der Verwaltung, wurden die Anträge heute bewilligt und das Verfahren nimmt ein glückliches Ende. "Freigabe zur Veröffentlichung am 20.12.2018, nach der Sitzung des Kreistages" vorbehtl. Endschdg. Mi. 20.12.17.)

Setzen wir einmal die angefragten Gelder in Relation zum Gesamthaushalt von rund 350.000 Mio. Euro oder zu anderen Ausgaben, wie z.B. der Kapitalerhöhung in ein wirkliches Himmelfahrtsprogramm - dem FMO - oder die Ausgaben für einen Werbefilm.

Hier offenbart sich soziale Apartheid und Kinderfeindlichkeit und wirft die Frage auf, welche Wertigkeit Kinder, Jugendliche und Familien für die Verwaltung haben und wie sozial das Dezernat tatsächlich ist.

Die letzte Bertelsmann Studie diagnostizierte für den Kreis mit dem Kreis Warendorf gemeinsam den höchsten Wert im Münsterland für die Nicht-Besetzung von Vollzeit Planstellen. Auf 9,6 Kinder kommt in unseren Kindergärten gerade mal eine pädagogische Fachkraft. Die Stiftung beklagt das gute Kita-Qualität offenbar vom Wohnort abhängt. Das muss nachgearbeitet werden und ist ein weiterer Beleg unzureichender Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Das selbe Budget, Schule Kultur Sport, betrifft unseren Antrag zur Aufarbeitung und Dokumentation der NS-Zeit im Kreis Coesfeld. Erfreut nehmen wir die breite interfraktionelle Annahme des Antrags zur Kenntnis; Ebenso freut uns die Willenserklärung des Kreises auf eine arbeitsintensive Aufbereitung und Darstellung. Doch leider fehlt, wie im Antrag erläutert, das Schicksal der Kommunisten_innen und Sozialisten_innen im Kreis. Aber auch ihr Widerstand und

Leidensweg darf nicht vergessen und dadurch herabgestuft werden. Es ist ein Mahnmal für Toleranz.

Um die Identitäten und Entwicklungen der Dörfer und Gemeinden im Kreis lebendig zu gestalten bedarf es einiger wichtiger Strategien:

- Als erstes sei ein gut funktionierender ÖPNV der auch in den Abendstunden nutzbar ist genannt. ÖPNV ist Daseinsfürsorge deshalb benötigen wir im Kreis gerechte Verkehrsverhältnisse, flexibel, ökologisch, barrierefrei, umlagefinanziert und bezahlbar für alle!

- es muss ein gutes, tragfähiges medizinisches Versorgungskonzept für die ländlichen Gemeinden entwickelt werden

- die Erreichbarkeit und das Betreuungsangebot muss deutlich ausgebaut und verbessert werden.
- es muss darauf geachtet werden das die dörflichen und ländlichen Lebensquartiere Raum für alle Möglichkeiten des Wohnens bieten. Auch mit sozialgebundenen- oder Sozialwohnungen.
- gute digitale Anbindung gehören zur Teilhabe und Kompensation der mangelnden Möglichkeiten zwingend dazu (nicht zuletzt für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft)
- Versorgung mit regenerativer, nachhaltig erzeugter Energie,

sollen hier den Reigen erst mal schließen.

Zum ländlichen Raum gehört auch, die noch nicht abgeschlossene Debatte um das „Totalherbizid“ Glyphosat.

Eine kleine Anfrage meiner Fraktion zum Thema ergab, dass der Kreis auf seinen Flächen darauf völlig verzichtet. Das freut uns sehr. Wir wünschen uns für das kommende Jahr, im Namen aller Bienen, Insekten und Menschen im Kreis eine Selbstverpflichtungserklärung, die offensiv kommuniziert wird und ein Nach- und Umdenken anstoßen kann. Der Kreis darf hier ruhig offensiver mit seiner guten Tat „hausieren“ gehen.

Wir stehen für bezahlbare und gesunde Lebensmittel für alle, ökologisch soziale Lebensmöglichkeiten ausdrücklich auch für Tiere, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft, die bei guter Bezahlung ein bekömmliches Auskommen aller Beteiligten einschließt. Wir wollen eine Förderung der regionalen Wirtschaftskreisläufe als Gegenstrategie zu den Großkonzernen.

Da das für einen einzelnen Hof allein nicht zu stemmen ist, leitet für die Kommunalpolitik die Einwirkungs- und Hilfspflicht ab, die aber aus dem Haushaltetat 2018 nicht zu ersehen ist.

Es gäbe noch einiges zu sagen, unter anderem zum Thema Ehrenamt oder zu der Wahrung Arbeitnehmer_innenrechten in Institutionen, Verbänden und Vereinen etc. die für oder vom Kreis Aufgaben übernehmen; wie z.B. der Caritas.

Auf einen Punkt möchte ich kurz vor Schluss noch eingehen, nämlich den Stellenplan:

Bei seinen Einlassungen zum HH18 im November berichtete Herr Gilbeau

nicht ohne Stolz von den 11,25 neugeschaffenen Stellen. Neue Stellen - im eigentlichen Sinne - hat der Kreis nicht geschaffen, vielmehr werden 7 Stellen fremdfinanziert und

sind dem Kreis quasi zugeordnet. Dem gegenüber stehen Streichungen von zwei Stellen (z.B. in der Amtsvormundschaft) und es bleiben magere 2,25 Stellen übrig.

Bereits im letzten Jahr mahnten wir an die Verantwortung des Kreises seinen Mitarbeiter_innen, auch den Befristeten gegenüber. Wie steht es in diesem Jahr damit? Sind die 47 bereits genannten befristeten Mitarbeiter_innen immer noch die gleichen? Die Zahlen legen den Verdacht nah.

Kurt Tucholsky formulierte es einmal so.

“Wir sind stark, wenn wir zusammenhalten: die Starken und die Schwachen, die Jungen und die Alten“

Wir können ihm da nur zustimmen.

In diesem Jahr werden wir unsere Stimmen splitten. Wir von DIE LINKE. in der Fraktion können auch heute, im Sinne der Teilhabe aller im Kreis lebende Menschen, Tieren und der Natur unsere Zustimmung zum Haushaltplan 18 leider, wie gerade argumentativ dargelegt und erläutert, nur verweigern und Nein dazu sagen.

Verbunden mit einem herzlichem Gruß und guten Wünschen für die Weihnachtszeit und das nächste Jahr, lasse ich nun mein Instrument sinken und beende mein Solo.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit